

Aus dem Parlament: Aktuelle Situation AVUS

Fragestunde der Plenarsitzung vom 14.04.2011



Foto: politikaner / wikimedia commons

Dr. Holger Thärichen, SPD: Wie beurteilen Sie die verkehrlichen Auswirkungen der Bauvorbereitungsmaßnahmen zur Sanierung der Avus insbesondere auch auf die Anwohner in Steglitz-Zehlendorf?

Ingeborg Junge-Reyer (Senatorin für Stadtentwicklung): Die Bauvorbereitungsmaßnahmen haben wir uns seit dem 12. April für wenige Tage vorgenommen. Dabei geht es vor allen Dingen um die Sicherung der Anschlüsse. Wir wollen damit vor dem Osterreiseverkehr fertig sein.

Mein Ziel ist es, im Mai schon während der Herstellung der zusätzlichen Fahrbahn den vierspurigen Verkehr wie versprochen aufrechtzuerhalten. Sie wissen, wir müssen etwa 1,5 Meter von dem Mittelstreifen abzwacken, um während der Bauarbeiten eine solche Fahrspur zusätzlich zur Verfügung zu haben. Ich weiß, dass es an einem ersten oder zweiten Tag schwierig ist und dass es in manchen Bereichen – nach meiner Beobachtung jedoch in verhältnismäßig wenigen Bereichen – zu sehr dichtem Verkehr gekommen ist.

Ich glaube, mit diesen Maßnahmen haben wir die schonendste Möglichkeit für den motorisierten Individualverkehr, sprich für die Autofahrerinnen und Autofahrer, gefunden.

Dr. Holger Thärichen, SPD: Während der Sanierungsarbeiten wird es 2013 eine Phase geben, in der stadtauswärts nur eine Spur zur Verfügung stehen wird – was der jetzigen Phase entspricht. Wird man die jetzige Situation auswerten, um mit der späteren Sanierungsphase vernünftig umzugehen?

Ingeborg Junge-Reyer: Wir wollen eine Situation, wie wir sie leider während dieser etwa acht Tage haben, für die restliche Dauer der Sanierungsmaßnahme der Avus vermeiden. Wir wollen für die gesamte Bauzeit jeweils zwei Fahrspuren zur Verfügung stellen. Dazu haben wir im Januar und Februar dieses Jahres eine weitere und zusätzliche Planung vorgenommen, die vorsieht, dass wir auch stadtauswärts – nicht nur stadteinwärts – während der gesamten Baumaßnahme jeweils zwei Fahrspuren zur Verfügung haben, so dass sich die Situation mit der einen Fahrspur, wie wir sie jetzt an wenigen Tagen haben, wohl nicht wiederholt.

Die Antworten sind teilweise gekürzt.

TERMINE

Unsere nächsten kommunalpolitischen Spaziergänge

Samstag, 7.5., 15:00 Uhr: Griebnitzsee

Gemeinsam mit Evelyn Kersten vom BUND Südwest werden wir einen Rundgang über das Gelände der Tilia-Projektes an der Bäkewiese machen und dabei mit Vertretern der Firma Stofanel und der Bürgerinitiative „Griebnitzsee für alle“ über die jetzige Sperrung und die Planung des südlichen Uferwanderwegs sprechen.

Treffpunkt: Kohlhasenbrück, Neue Kreisstraße / Stubenrauchstraße

Sonntag, 22.5., 15:00 Uhr: Kleistgrab:

Die Landschaftsarchitekten Udo Bode und Wolfgang Immenhausen sowie der Baustadtrat Uwe Stäglin werden uns bei diesem Spaziergang in Wannsee über die Neugestaltung des Kleistgrabs und seiner Umgebung informieren.

Treffpunkt: Wannsee, Bismarckstraße, Eingang zum Kleistgrab

Besuch des Pflegestützpunktes

Samstag, 14.5., 11.30 Uhr, Einladung zum Besuch des Pflegestützpunktes in der Clayallee 342 in Zehlendorf mit Informationsangeboten für die Öffentlichkeit.

SPD-Sommerfest

Am Samstag, den 18. Juni von 11.00 bis 15.00 Uhr vor dem Rathaus Zehlendorf mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit.



Dr. Holger Thärichen, MdB

Für Sie im Abgeordnetenhaus

Dr. Holger Thärichen, MdB

SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchner Straße 5

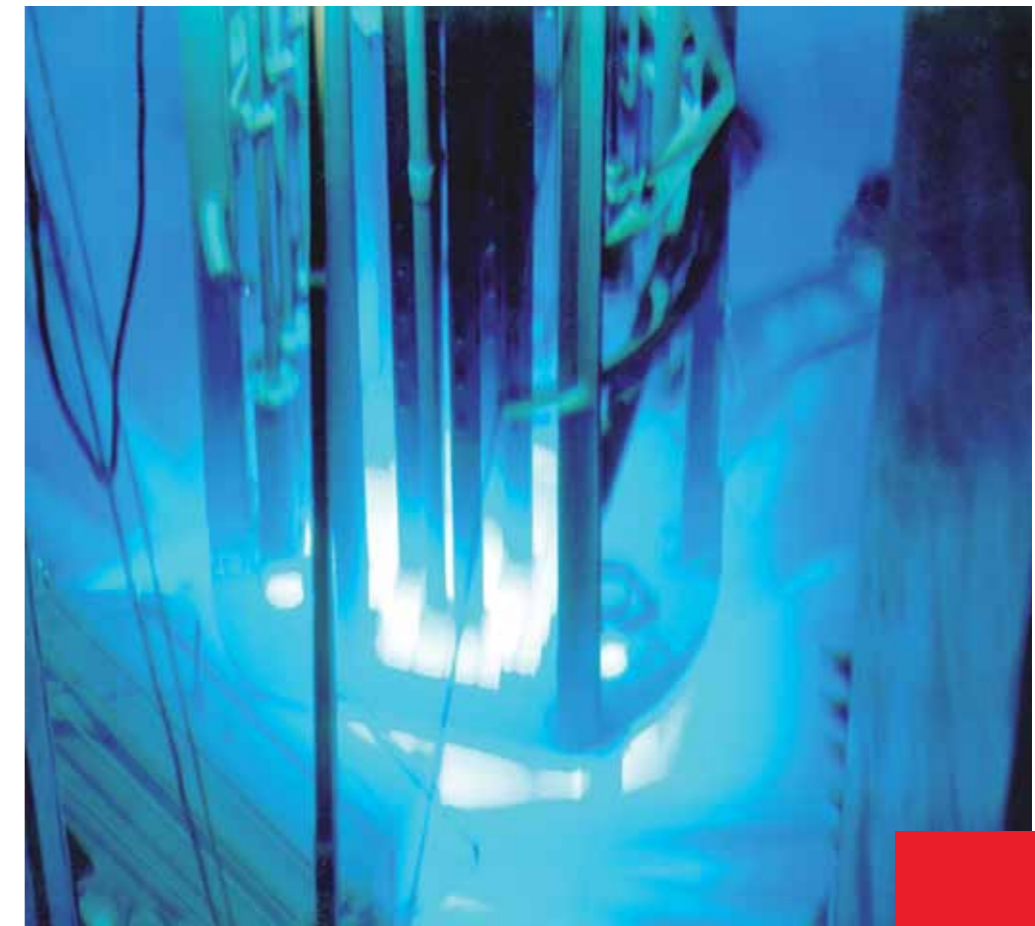
10111 Berlin

Tel.: 030 23 25 22 71

E-Mail: holger.thaerichen@spd.parlament-berlin.de

Homepage: www.holger-thaerichen.de

VISdP: Dr. Holger Thärichen, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Straße 5, 10111 Berlin • Titelbild: Helmholtz-Zentrum Berlin • Druck 002-neutral



SPD

Newsletter

**Radioaktive Gefahren
in Wannsee?**

Ausgabe 01/2011

www.holger-thaerichen.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Zehlendorf!

Seit Fukushima ist klar, dass die Kernenergie Risiken birgt, die unbeherrschbar sind. Deswegen stellen sich hier in Wannsee viele Anwohner zu Recht die Frage, welche Gefahren von dem Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Berlin (HZB, früher Hahn-Meitner-Institut) und der Zentralstelle für radioaktiven Abfall ausgehen und wie die Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung geschützt wird.



Aus diesem Grund haben wir am 12.04. zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und Ihnen die Möglichkeit gegeben, mit den Verantwortlichen der Berliner Verwaltung, der Politik und des HZB ins Gespräch zu kommen. Über 130 Anwohner aus Wannsee und Umgebung sind unserer Einladung gefolgt!

In diesem Newsletter will ich Sie über die Ergebnisse der Veranstaltung informieren. Bei Fragen und Anregungen Ihrerseits stehe ich jederzeit gern zur Verfügung.

Ihr Holger Thärchen, MdB

Bericht zur Veranstaltung „Radioaktive Gefahren in Wannsee“

Die Leiterin der Kommunikation des HZB, Dr. Ina Helms, erklärte, dass der Forschungsreaktor nicht mit einem Atomkraftwerk vergleichbar sei. BER II dient vielmehr als Neutronenquelle, die für verschiedenste wissenschaftliche Untersuchungen, insbesondere für die Materialforschung, genutzt wird. Anders als bei einem Atomkraftwerk ist Wärme beim Forschungsreaktor nur ein Abfallprodukt. So ist das radioaktive Potential wesentlich geringer, die Megawattleistung liege mit zehn MW bei etwa 0,3 % der Leistung eines Reaktors in einem Atomkraftwerk.

Dr. Björn Maul von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung führte aus, man sei stolz auf die lange Forschungstradition und die teilweise einzigartigen Forschungsmöglichkeiten am HZB und wolle den Forschungsreaktor, den zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt für ihre Forschung nutzen, unbedingt erhalten.

Dennoch habe es schon vor Fukushima Überlegungen zu weniger gefährlichen Alternativmethoden gegeben. Deren Umsetzung sei aber frühestens in 15 Jahren denkbar.



Es diskutierten (v.l.n.r.): Dr. Karl-Heinz Steinmetz (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz), Daniel Buchholz (MdB), Dr. Holger Thärchen (MdB), Dr. Ina Helms (HZB), Dr. Guido Buchert (HZB), Dr. Björn Maul (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung)

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Daniel Buchholz, forderte einheitliche Stress-Tests auch für Forschungsreaktoren. Fukushima habe gezeigt, dass selbst das Udenkbare möglich ist und im Vorfeld alles für die Sicherheit der Bevölkerung getan werden müsse. Der Reaktor ist momentan noch bis zum Sommer abgeschaltet. Diese Zeit müsse man sinnvoll nutzen, sagte Buchholz. Derzeit laufe bereits eine Analyse der notwendigen Prüfungen, erklärte der zuständige Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Karl-Heinz Steinmetz.

Seine Behörde hat die Aufsicht über den Reaktor und ist außerdem zuständig für den Katastrophenschutzplan für die Reaktor Umgebung.

Keine Flugrouten über Wannsee

Dieser Katastrophenschutzplan sei laut Auskunft des Strahlenschutzbeauftragten des HZB, Dr. Guido Buchert, für den einzig denkbaren Katastrophenfall erstellt, den es geben könne: ein Flugzeugabsturz. Da der Reaktor keine Schutzhülle hat, könne ein Absturz mit nachfolgendem Kühlwasserverlust auch zu einer Kernschmelze führen. Publikum und Podium waren sich hier einig: Die neuen Flugrouten des BBI dürfen nicht über den Reaktor in Wannsee führen. Die endgültige Entscheidung hierüber liegt jedoch beim Bund.

Derzeit gibt es eine sogenannte Flugbeschränkungszone mit einem Radius von 1,5 Kilometer um den Reaktor. Sie gilt bis zu einer Höhe von 670 Metern und für Maschinen, die nach Sicht fliegen. Doch die Einhaltung dieser Sperrzone wird von der Flugaufsicht nicht automatisch überprüft. Vielmehr handele es sich bei

einer Verletzung um einen Straftatbestand, der von dem zuständigen Wachpersonal des HZB und von aufmerksamen Anwohnern zur Anzeige gebracht werden müsse, erläuterte Dr. Steinmetz.

Keine erhöhte Strahlung um den Reaktor

Medienberichte, denen zufolge rund um den Reaktor erhöhte Strahlungswerte gemessen worden seien, wurden von den Vertretern des HZB für „Unsinn“ erklärt. Zwar werden schwachradioaktive Stoffe über den Kamin ausgestoßen, jedoch in so geringem Maße, dass die Dosis für die Bevölkerung nicht messbar ist. „Sie beträgt etwa ein Fünftausendstel der natürlichen Umgebungstrahlung, die in Berlin ohnehin sehr gering ist“, erklärte Dr. Buchert.

Auch die möglichen Gefahren, die von der Zentralstelle für radioaktiven Abfall (ZRA) ausgehen, kamen an dem Abend zur Sprache. Das Helmholtz-Zentrum betreibt diese im Auftrag der Landes Berlin als Zwischenlager bis zur Fertigstellung des Endlagers „Schacht Konrad“ im Jahr 2019.

Atommülllager noch bis 2019?

Dr. Maul erklärte, dass es eine gesetzliche Verpflichtung gebe, nach der radioaktiver Abfall, der in den Ländern anfällt, auch dort gelagert werden müsse. Auf die Frage, warum man diesen nicht in weniger besiedelten Gebieten lagere, antwortete Dr. Maul, dass Verhandlungen mit anderen Bundesländern schwierig seien, da in Berlin sehr viel radioaktiver Abfall anfalle, den niemand gern vor der eigenen Tür haben möchte. Man sei aber bemüht, alternative Möglichkeiten der Lagerung zu finden.

Die anwesenden Anwohner aus Wannsee stellten zahlreiche Fragen und diskutierten engagiert mit den Verantwortlichen. Als Ergebnis der Veranstaltung können folgende Forderungen festgehalten werden, für die wir uns einsetzen werden:

- Der Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums ist einem umfassenden „Stresstest“ zu unterziehen. Über die Ergebnisse dieser Überprüfung ist die Öffentlichkeit zu unterrichten! Erst im Anschluss hieran ist über eine Wiederaufnahme des Betriebs zu entscheiden!
- Für die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) sind umgehend Alternativen in Kooperation mit den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten! Der Bund hat schnellstmöglich ein entsprechendes Endlager zur Verfügung zu stellen!
- Das Flugbeschränkungsgebiet über dem Reaktor ist konsequent durchzusetzen! Die neuen BBI-Flugrouten dürfen nicht über Wannsee führen!

Kontakt zum Helmholtz-Zentrum: info@helmholtz-berlin.de, Tel.: 8062-42094.